

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 43 / Dezember 2017



Inhalt

- 2 Politische Bildung mit globalem Horizont - Zur Umsetzung von Target 4.7 der SDGs
Werner Wintersteiner, Zentrum für Friedensforschung und -pädagogik
- 4 Projektpartnerschaft
– Delegationsbesuch aus Sambia – die Joint Parliamentary Peer Group
– Interview mit Kashimbi Limata und Sibonelo Jere, PR-Abteilung des sambischen Parlaments
– Arbeitsbesuch zu E-Demokratie und E-Governance
- 8 Participation of civil society in decision-making in Zambia
Maurice K. Nyambe, Zambian Governance Foundation
- 9 Konzepte und Werkzeuge elektronischer Partizipation
Günther Schebeck, Leiter der Stabstelle „Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion
- 11 The 5th African Union-European Union Summit and the need for a Renewed Partnership
Leonard Mbulle-Nziege, University of Cape Town
- 14 Official Development Assistance (ODA) in Zahlen
- 16 Zahlen, Daten, Hintergründe

Besuch der Demokratiewerkstatt im Rahmen des Arbeitsbesuchs zweier Kolleginnen aus dem sambischen Parlament.

Foto: Kepplinger/PNSD

Editorial

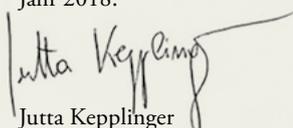


Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Leserinnen und Leser!

Diese Ausgabe unseres Newsletter ist die erste seit der Neukonstituierung des Parlaments. Für viele Abgeordnete ist dies daher die erste Information über unser Projekt, den Parlamentarischen NordSüdDialog und seine Aktivitäten. Ziel unserer Arbeit ist einerseits die Stärkung von Parlamenten im Südlichen Afrika. Aktueller Partner ist die National Assembly of Zambia (NAZ). Andererseits setzen wir uns für die politische Unterstützung der Umsetzung der UN Nachhaltigkeitsziele und von Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung im österreichischen Parlament ein. Vor allem auch auf Wunsch der sambischen Projektpartner befassen wir uns in dieser Projektphase intensiv mit dem Themenbereich Jugend – Bildung – Ausbildung, konkret mit dem Nachhaltigkeitsziel 4.

Die im Rahmen der neuen Projektphase im Jänner 2017 begonnene Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeiter_innen der NAZ gestaltet sich sehr positiv. Was wir bisher gemeinsam erreicht haben, können Sie den Berichten zum Projektfortschritt entnehmen. Ich möchte diese Gelegenheit daher nutzen, allen Abgeordneten und den Parlamentsmitarbeiter_innen, die schon bisher einen maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Umsetzung unserer Aktivitäten haben, sehr herzlich für Ihr Engagement und Ihren Einsatz zu danken. Wir freuen uns auf die weitere gute Zusammenarbeit. Wir hoffen aber auch unter den neugewählten Abgeordneten wieder Menschen zu finden, die Entwicklungszusammenarbeit für wichtig und unterstützenswert halten. Wir werden Sie im neuen Jahr persönlich kontaktieren, um Ihnen mehr über unser Projekt zu erzählen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen allen Frohe Festtage und einen Guten Rutsch ins Jahr 2018.


Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Politische Bildung mit globalem Horizont

Werner Wintersteiner, Zentrum für Friedensforschung und -pädagogik

Die von den UNO-Staaten beschlossenen Sustainable Development Goals (SDGs) sind ein kühnes und ambitioniertes Programm. Es geht um nichts weniger als um die „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, wie sein offizieller Titel lautet.¹ Im Gegensatz zum Vorgängerprojekt Millennium Development Goals (MDGs) sind die neuen Ziele ausdrücklich als Aufgabe aller Staaten, unabhängig von ihrem so genannten Entwicklungsstand, konzipiert. Die Präambel identifiziert fünf Kernbotschaften, die den 17 Gesamtzielen als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt sind: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership – die so genannten „5 Ps“ (siehe Kasten).

Bildung ist politische Bildung mit globalem Horizont

In den SDGs wird Teilziel (Target) 4.7 so formuliert:

“By 2030, ensure that all learners acquire the knowledge and skills needed to promote sustainable development, including, among others, through education for sustainable development and sustainable lifestyles, human rights,

gender equality, promotion of a culture of peace and non violence, global citizenship and appreciation of cultural diversity and of culture’s contribution to sustainable development.”²

Unbeschadet der Nennung von sechs Bereichen geht aus dem Kontext klar hervor, dass zwei davon, nämlich education for sustainable development und global citizenship education, in der Agenda besonders akzentuiert werden, weil sie zusammen auch die anderen Ziele abzudecken scheinen.³ Man muss die Bereiche jedoch in ihrer Ganzheit sehen, sonst wird man ihnen nicht gerecht und sonst wird auch jede praktische Umsetzung unmöglich. Im Folgenden seien einige gemeinsame Charakteristika einer solchen Bildung im Geist von target 4.7 genannt.

Damit Bildung tatsächlich zu einem Motor von sozialer Veränderung werden kann, muss sie transformativ sein, sie muss zu der angestrebten sozial-ökologischen gesellschaftlichen Transformation beitragen. Dies erfordert aber mehr als die Aufnahme bestimmter Inhalte in den Bildungskanon. Es verlangt auch eine bestimmte Art von Pädagogik,

Die fünf Leitprinzipien der Agenda 2030, Sustainable Development Goals, SDGs:

- **People:** Armut und Hunger ein Ende setzen, sodass alle Menschen in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt leben können.
- **Planet:** Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel.
- **Prosperity:** Alle Menschen sollen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können.
- **Peace:** Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.
- **Partnership:** Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zur Umsetzung dieser Agenda.

1 <http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>. Alle folgenden Zitate aus der deutschen Fassung.
2 <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg4>

3 Vgl. UNESCO’s approach (to Global Citizenship Education): <http://en.unesco.org/gced/approach>

welche sich durch drei Charakteristika auszeichnet:

- Sie zielt auf den Wandel individueller „Bedeutungsperspektiven“: Das heißt, es müssen bestehende Denkmuster kritisch überprüft und gegebenenfalls verändert werden. Das ist ein tiefgehender, die Identität der Person betreffender Prozess.
- Sie versteht sich als kollektiver Bewusstwerdungs- und Emanzipationsprozess: Über die individuelle Veränderung hinaus braucht es kollektive Lern- und Veränderungsprozesse, wie sie für die Pädagogik Paulo Freires charakteristisch sind. Seine „problemformulierende Methode“ unterstützt Lernende dabei, sich selbst und bestehende Machtstrukturen kritisch zu hinterfragen.
- Sie fragt nach der notwendigen Veränderung von Kulturen und Strukturen (des Bildungswesens), die eman-

zipatorisches Lernen behindern und schließt auch einen Strukturwandel des Bildungssystems selbst ein.

Dazu ist es die grundlegende Aufgabe von Bildung, bei den Lernenden ein kritisches politisches Bewusstsein auszubilden, das ihnen ermöglicht, Problemlagen zu erkennen, zu analysieren und zu bearbeiten. Die notwendige Grundvoraussetzung dafür ist, überhaupt in politischen Kategorien zu denken und sich als „politischer Mensch“ zu begreifen. Ferner können politische Fragen nicht mehr länger nur in nationalstaatlichen, sondern müssen systematisch in kosmopolitischen Kategorien gedacht werden. Das heißt weder, dass nur so genannte globale Probleme ins Auge gefasst werden, noch, dass der Nationalstaat keine Rolle mehr spielen würde. Aber das Grundparadigma hat sich mit „global citizenship“ geändert.

Zusammengefasst: Target 4.7 erweist sich als ein sehr umfassendes Programm,



Abb. 1: Die 17 Sustainable Development Goals
 Quelle: United Nations <https://sustainabledevelopment.un.org>

das keineswegs bereits dadurch realisiert wird, dass einzelne Aspekte davon in schulischen Bildungszielen irgendwo erwähnt werden. Vielmehr geht es darum, der Idee insgesamt gerecht zu werden, das innovative Potenzial durch die Zusammenführung bisher getrennter pädagogischer Ansätze und eines transdisziplinären Zugangs zu erkennen und damit das Ziel in seiner Gesamtheit umzusetzen.

Zur Umsetzung von Target 4.7 in Österreich

Nimmt man die Indikatoren der UNESCO her – national education policies, curricula, teacher education and student assessment⁴ – und präzisiert sie auf die österreichische Situation, kann man folgende Bereiche identifizieren:

- 1 Ebene der nationalen Wissenschafts- und Bildungspolitik
- 2 Tertiäre Bildung
- 3 Lehrer_innenbildung im Speziellen
- 4 Schulische Lehrpläne
- 5 Schüler_innenleistungen

Darüber hinaus sind auch alle außerschulischen Bereiche, von der Familie bis zu den Medien, von der Vorschulbildung bis zur Erwachsenenbildung von großer Relevanz, ohne dass dies hier ausgeführt werden kann.

Politische Kohärenz als Voraussetzung

Ein whole-of-government-approach ist Voraussetzung für den Erfolg der SDGs. Die Erreichung von Teilzielen ist

nur im Gesamtzusammenhang zu denken und zu planen. Die OECD nennt dies „Policy Coherence for Sustainable Development“⁵. Dieser Zugang liegt im Prinzip dem Handeln der österreichischen Bundesregierung zugrunde, und es wurden diesbezüglich auch bereits einige Maßnahmen gesetzt.⁶

Dass diese Aktivitäten allerdings nicht ausreichend sind, lassen die ausweichenden Reaktionen der Bundesregierung auf einen offenen Brief von 144 Organisationen vermuten, die einen übergeordneten Gesamtplan und eine Prioritätensetzung eingefordert haben.⁷ Ferner ist es wichtig, den Leadership-Gedanken auch nachgeordneten Stellen (Landesschulräte bzw. Bildungsdirektionen, Schuldirektor_innen) zu vermitteln und politische Entscheidungsträger_innen auf allen Ebenen, sowie NGOs und die Wissenschaft, in die Lenkung und den Monitoring-Prozess einzubeziehen.

Tertiäre Bildung

Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen haben eigenständige Aufgaben in Forschung und Lehre bei der Umsetzung der SDGs. Es gibt mit der Österreichischen Universitätskonferenz (uniko) und insbesondere der 2012 gegründeten „Allianz Nachhaltige Universitäten“, an der allerdings nicht alle österreichischen Universitäten und weder Fachhochschulen noch Pädagogische Hochschulen beteiligt sind, bereits ein Instrument, um auch den Austausch über die Erreichung der SDGs zu fördern. Dies müsste erweitert und intensiv genutzt werden.

Die Lehrer_innenbildung

Es gibt in den einzelnen Entwicklungsverbänden zur *Pädagog_innenbildung Neu* unterschiedliche Festlegungen, was die Inhalte und die Verbindlichkeit von Elementen der Bildungsziele von target 4.7 betrifft. Nirgends scheinen diese Festlegungen ausreichend zu sein, um

4 <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg4>
 5 OECD 2017 Policy Coherence for Sustainable Development. Eradicating Poverty and Promoting Prosperity. www.oecd-ilibrary.org/development/policy-coherence-for-sustainable-development-2017_9789264272576-en
 6 Vgl. dazu OECD 2017, S. 40 ff., sowie BMEIA/BKA 2017.
 7 <https://www.globaleverantwortung.at/sdgs-umsetzen-brief-von-144-organisationen-an-bundesregierung>

Was mit Target 4.7 und den SDGs insgesamt auf dem Spiel steht, hat der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sehr deutlich auf den Punkt gebracht: „Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen, ebenso wie wir die letzte sein könnten, die die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“

tatsächlich bei den künftigen Lehrenden aller Fächer und Schulstufen sowohl ein ausreichendes Problembewusstsein wie auch ausreichende Qualifikationen sicherzustellen. Vor allem gibt es in den Curricula eher wenig Nischen, um transversale Fähigkeiten auszubilden. Aufgrund der universitären Autonomie können verbindliche Mindeststandards auch nicht einfach verordnet werden.

Was die Fortbildung betrifft, gibt es Angebote (etwa zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Globalem Lernen oder Global Citizenship Education) von Seiten der Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und bildungspolitisch tätigen NGOs, oft in Form von Lehrgängen. Es besteht allerdings keine österreichweite Gesamtplanung und es gibt auch keine Verpflichtung zu einschlägiger Fortbildung.

Über Netzwerke wie die Kooperation von Entwicklungsverbänden, die Allianz Nachhaltige Universitäten oder die Österreichischen Universitäten-

konferenz, sollten Mindeststandards für eine einschlägige Ausbildung, die alle künftigen Lehrkräfte erreicht, vereinbart werden. Dazu muss aber auch das Wissenschafts- und Bildungsressort sein Interesse an solchen Standards klar bekunden und wohl auch durch Incentives fördern.

Lehrpläne und Curricula

Auf der Ebene der „weichen Maßnahmen“ der curricularen Arbeit (Erlässe für Projektwochen und Aktionstage, Hinweise auf Unterrichtsmaterialien, Anregungen für fächerübergreifende Projekte, internationale Austauschprogramme) ist bereits viel geschehen. Es fehlen aber noch „harte Maßnahmen“, die sich direkt auf die Curricula auswirken:

- Leitlinien für Curricula und schulische Arbeit, vergleichbar dem bundesdeutschen Orientierungsrahmen Globale Entwicklung
- Überprüfung der Inhalte der Fachcurricula

- Wünschenswert wäre auch ein Trägerfach Politische Bildung als eigenes Schulfach in allen Schultypen ab der Sekundarstufe. Das wäre ein organisierendes Zentrum und Voraussetzung für die professionelle Ausbildung und Forschung zu politischer Bildung in Österreich.

Schüler_innenleistungen

Abgesehen von der Aufnahme von Bildungszielen als Prüfungsinhalte sind (internationale) Vergleichsstudien ein wichtiges Messinstrument. Daher ist es bedauerlich, dass Österreich (im Gegensatz zu 2009) an der ICCS Studie 2016 (International Civic and Citizenship Education Study) nicht teilgenommen hat und somit Vergleichsdaten fehlen. Es braucht also wenigstens nationale empirische Studien zur Umsetzung von Target 4.7 für eine evidenzbasierte Bildungspolitik.

DER AUTOR

Univ.-Prof. Dr. Werner Wintersteiner ist Gründer und ehemaliger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Er leitet den Universitätslehrgang „Global Citizenship Education“ in Klagenfurt. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen u.a. interkulturelles Lernen, Politik und Frieden sowie die kulturwissenschaftliche Friedensforschung und Friedenspädagogik.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Besuch der sambischen Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group in Wien



Eine Zielsetzung im Rahmen des Projekts Parlamentarischer NordSüdDialog ist die Etablierung einer gemeinsamen parlamentarischen Peer Group von Abgeordneten des sambischen und österreichischen Parlaments, um die parlamentarische Kontrolle hinsichtlich der Umsetzung des 4. Unterziels der Sustainable Development Goals zu stärken (SDG 4 = Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen

Lernens für alle fördern). Ein erster Besuch fand vom 7. bis 13. Mai dieses Jahres statt.

Die vier sambischen Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group (JPPG) konnten sich während ihres Besuchs ein umfassendes Bild über die politische und administrative Funktionsweise des österreichischen Parlaments sowie über zahlreiche Aspekte, die im Zusammenhang mit dem SDG 4 stehen, machen.

In der Demokratiewertstatt befragen Jugendliche die anwesenden österreichischen und sambischen Abgeordneten zu parlamentarischen Prozessen.

Foto: Jutta Kepplinger/PNSD



Das Rahmenprogramm bestand aus einer Parlamentstour, der Einführung in den legislativen Prozess in Österreich, einer Präsentation über die Kommunikation zwischen dem Parlament und der österreichischen Bevölkerung und über die demokratiepolitische Bildung von Kindern und Jugendlichen, sowie dem Besuch und der aktiven Partizipation der sieben Abgeordneten der JPPG in der DemokratieWerkstatt mit einer Schüler_innengruppe aus Oberösterreich.

Im Mittelpunkt des Programmes stand jedoch der Austausch mit zahlreichen Organisationen und Institutionen in

Wien, Ober- und Niederösterreich, die sich mit den von der JPPG behandelten SDG Unterzielen beschäftigen. Zentrale Inhalte waren jeweils das duale Berufsausbildungssystem, sowie Bildungsmaßnahmen und Einrichtungen der reproduktiven und sexuellen Gesundheit in Österreich. Besucht wurden u.a. die Österreichische Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF), der Lehrbetrieb Technologiezentrum von Jugend am Werk, die NGO Selbstlaut (Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder), die Berufsschule Längenfeldgasse, das Salzkammergut Klinikum (Universitätslehrkrankenhaus), das Landeskrankenhaus Gmunden, die Energie

AG in Gmunden mit ihrem Lehrlingsausbildungszentrum, sowie die landwirtschaftliche Berufs- und Fachschule Gießhübel. Die Abgeordneten aus Sambia wurden jeweils von der Projektleiterin sowie einer/m österreichischen JPPG Abgeordneten begleitet und zeigten sich äußerst interessiert an den unterschiedlichen Angeboten, die Österreich zur Erreichung seiner nationalen (Aus)Bildungsziele etabliert hat.

In einem gemeinsamen Workshop wurden zudem konkrete Ziele und Kommunikationsstrukturen für die zukünftige Kooperation der JPPG erarbeitet.

Fotos v.l.n.r.:

Foto 1: In einem gemeinsamen Workshop steckten die Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group Ziele für ihre Arbeit ab. Im Bild Hon. Jonas Chanda, Hon. Kingsley Mwamba, sowie der Abg.z.NR Georg Strasser.

Foto 2: Die 3. Präsidentin des oberösterreichischen Landtags, Gerda Weichsler-Hauer (rechts außen), organisierte den Besuch im Salzkammergut Klinikum, einem Lehrkrankenhaus in Gmunden, OÖ.

Foto 3: Besuch der sambischen Delegation beim Verein "Selbstlaut", Prävention und Unterstützung im Bereich sexuelle Gewalt gegen Kinder, initiiert von der Abg.z.NR Katharina Kucharowits.

Fotos: Michael Kögl; Jutta Kepplinger/PNSD

Statement of Hon. Patricia Chileshe Mwashingwele, Chairperson of the Committee on Education, Science and Technology of the National Assembly of Zambia (NAZ) with regard to the cooperation between Austria and Zambia.

THE AUSTRIAN EXPERIENCE IN MY VIEW

It was my first time visit to Austria in May this year. Let me thank the Austrian Parliament and the donors ADA and Upper Austria for having made our visit possible and very fruitful. The first thing that caught my eye upon arrival was the courtesy of the people of that beautiful land. They had a smile for us the visitors even when we had language challenges because we were coming from an English speaking country. Besides that, we all felt at home and got down to our business. The country appears very clean and has an efficient public transport system which we used throughout our stay.

It would also be important to note that Austria is quite different from most European countries in more ways than one. There is a general seriousness to life and it is quite conservative in a positive way. There is an appreciation and respect of the governance systems to a large extent. I appreciated the most how serious education is taken by both the young and the old. Obviously there are also challenges, but there is an awareness and serious attempts to leave no one behind. The dual type of education was a marvel to observe both in the urban and rural areas. The belief of all the persons we spoke to that every child can succeed in their area of interest was something that I took away and I commend Austria for that success story of their dual educa-



Hon. Patricia Mwashingwele
Foto: Michael Kögl

tion system. The efficiency and effectiveness in the school system is something I would want to bring to Zambia even if it means beginning on a small scale.

Yours sincerely,
Patricia Mwashingwele

PR-Training im österreichischen Parlament



Der Gesetzgebungsprozess, optisch aufbereitet und erklärt, stellt eine wichtige Hilfe für das Verständnis der komplexen legislative Aufgaben eines Parlaments dar.

Foto: Jutta Kepplinger/PNSD

Die parlamentarische Kooperation zwischen Österreich und Sambia im Rahmen des Projekts Parlamentarischer NordSüdDialog beinhaltet u.a. die gemeinsame Erarbeitung eines eigenen Bildungskonzepts der National Assembly of Zambia (NAZ) für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Hintergrund ist, dass fast die Hälfte der 16,5 Millionen Menschen in Sambia unter 15 Jahre alt ist. Um Demokratie in Sambia jetzt und in Zukunft zu stärken, ist es daher eine Grundvoraussetzung, sambischen Jugendlichen die Bedeutung der Demokratie, die Rolle des Parlaments bzw. der NAZ in der politischen Struktur Sambias und die Notwendigkeit der Umsetzung der SDGs in ihrem Land zu vermitteln.

In Vorbereitung auf die Erarbeitung des Konzeptes trafen sich die 2 zuständigen Mitarbeiter_innen der NAZ, Frau Kashimbi Limata und Frau Sibonelo Jere, von 22. bis 27. Oktober mit ihren Kolleg_innen der Öffentlichkeitsabteilung des Österreichischen Parlaments. Ziel war es, sich Anregungen bzgl. Programmen und Werkzeugen zur Demokratievermittlung an Schulkinder zu

holen. Mit viel Engagement informierten die Mitarbeiter_innen des Dienstes L4 – Information und Public Relations umfassenden über Abläufe, Inhalte und Konzepte zum Thema politische Bildung, Öffnung des Parlaments für seine Bürger_innen und edukative Konzepte zur Wissens- und Informationsvermittlung.

Der Besuch diente auch der Vorbereitung eines Workshops Anfang nächsten Jahres in Lusaka, bei dem ein erster Entwurf des Konzept zur Demokratiepolitischen Bildung von Schüler_innen erarbeitet werden soll. Als sog. Ressource Person wird Frau Mag. Sari Krammer von der Abteilung Politische Bildung ihr Wissen und Know How in den Workshop einbringen.

In einem Interview schildern Kashimbi Limata und Sibonelo Jere ihre Eindrücke.

You have visited different facilities of the department for Public Relations and Services for Citizens of the Austrian Parliament – which ideas do you find most useful for your work at the Public Relations Department of the NAZ?

Limata: The Democracy Workshops showed us how children can be brought to actually participate and discuss the role of parliament and democracy. In it, concepts for different age groups were used, each one aiming at making the workshop more interesting and relevant for the children and giving them the opportunity to get involved.

Jere: I agree, certainly the Democracy Workshop and the various facets of these workshops are very interesting concepts. But it was also valuable to see the Open Day at the Austrian Parliament, how the InfoPoints are operated and that the Austrian Parliament has its own Gift Shop with many different items to buy, thus helping people to identify themselves with Parliament.

The 26th of October is the Austrian National Holiday and, traditionally, the Austrian Parliament holds an Open

Day for all citizens and visitors. You experienced some of the preparations and the Open Day itself. What was particularly valuable for you and your work?

Jere: We received a lot of information and know-how with regard to the manner in which the Open Day is organized, including details on the number of staff that are involved in organizing it. Also, I found it very interesting to get to know the statistics of visitors who have been to the Open Day in previous years. This, to me, is a reflection of how much interest citizens have in matters of democracy and the institution or parliament.

Limata: I found it very transparent how the Austrian Parliament is raising awareness among the Austrian people in terms of the fact that the Parliament building is under renovation, why this is necessary and how much it will cost. At the Open Day itself, children were motivated to participate with games and rallies, all of which makes the visit more exciting for them.

Major aspects of your training were educational programs for school youth and the guided tours. Which elements presented in the Austrian Parliament can be relevant for the revision of the present educational programs in the Zambian Parliament?

Limata: I would say that, for example, we can also introduce a Democracy Workshop for children and youth, not on a permanent scale, but maybe once a year. This could coincide with the international day for democracy. Two weeks can be dedicated to have democracy workshops within the visitors centre at the parliament building. Also the idea of developing games for children is valuable, as such tools are tailor-made for the target group and make visits to the Parliament memorable. It also enhances the level of understanding of complex matters such as law-making. Generally, it would be interesting to develop a similar law-making tool as used in the Austrian Parliament explaining the legislative process in Zambia.

Jere: For the guided tours in the National Assembly of Zambia it would really be useful to add more detail regarding the historical background of the parliament. This could be interesting for the visitors. If we had Democracy Workshops, as suggested by my colleague, the visitors could also gain more information and knowledge about democracy as such and also how they can participate. Such information is difficult to present in a guided tour. As for the Open Day, a great advantage of such an event would be to allow high numbers of people to access parliament and gain interests in parliamentary processes.

Are you comfortable with the “Next Steps” agreed upon to define a revised educational program for NAZ within the next two year?

Jere: I am indeed comfortable with the way forward for the revision of the educational program for NAZ. The agreed upon approach is systematic and will bring on board the relevant stakeholders and ensure the use of appropriate tools in educating the Zambian public about the work of parliament and how they can participate in that work within the democratic dispensation.

Limata: Yes I am and I hope the next step will enhance democracy in Zambia. This will make the Zambian citizens aware and responsible and participate in the democratic process of their country. I am looking forward to revising the educational program for NAZ within the next two years. Overall, it was a very good experience to exchange ideas with the colleagues from the Austrian Parliament and I would like to thank the NorthSouthDialogue of Parliaments very much for making the opportunities possible.

Arbeitsbesuch zu E-Demokratie und E-Governance

In Vorbereitung auf die Ausarbeitung eines neuen ICT Masterplans besuchten die stv. Leiterin der IT Abteilung des sambischen Parlaments, Mwango Sharpe, und ihr Kollege, Systemanalyst David Mulenga, e-Governance Institutionen in Tallinn. Estland ist europaweit Vorreiter in Sachen elektronische Partizipation und Verwaltung. Initiiert wurde der Besuch im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialoges vom Leiter der IT Abteilung des Österreichischen Parlaments, Peter Reichstädter.

Während ihres 4-tägigen Arbeitsaufenthaltes diskutierten die sambischen Kolleg_innen mit dem Leiter für Informationstechnik der Estnischen Regierung, Siim Sikkut, über Schnittstellen zwischen Regierung und Parlament im e-Law Bereich. Als Gäste der e-Governance Academy präsentierte ihnen u.a. GF Arvo Ott die Erfahrungen mit e-Governance Tools in Estland. Besonders interessant gestaltete sich der Vortrag von Liia Hänni, ehem. Reformministerin, ehem. Mitglied des Estnischen Parlaments und Mitglied des ersten Verfassungsausschusses nach der Unabhängigkeit 1992. Aktuell ist

sie Beraterin der Estnischen Präsidentin in Sachen e-Demokratie. Dr. Hänni setzte sich in ihren beiden Vorträgen sehr intensiv mit den Themenbereichen Transparenz, Rechenschaftspflicht und Kommunikation auseinander und wie diese durch neue Anwendungen im IT Bereich forciert werden können.

Neben einem Besuch bei Prof. Robert Krimmer an der technischen Universität von Tallinn, der die IT Mitarbeiter_innen über das von der Europäischen Kommission im Jänner 2017 lancierte Prinzip „Once Only“ informierte, stand natürlich auch ein Austausch mit den Kolleg_innen des estnischen Parlaments, dem Riigikogu, auf der Agenda. Hier wurde vor allem über die Verbesserung interner Abläufe, das EDV System im Plenarsaal und die Adaptierung der Website gesprochen. Den Abschluss des Besuches bildete ein halbtägiger Workshop mit Peter Reichstädter und PNSD Projektleiterin Jutta Kepplinger zur Vorbereitung der nächsten Schritte zur Ausarbeitung des neuen ICT Masterplans.



Foto 1: Prof. Dr. Robert Krimmer, der neben seiner Professur für e-governance an der Technischen Universität in Tallinn auch an der TU Wien und der Donau Universität Krems lehrt, informierte seine Gäste über aktuelle Möglichkeiten von e-Demokratie, e-Partizipation und End-User Informationssysteme.

Foto 2: Der Vortrag von Dr. Liia Hänni befasste sich sehr stark mit dem Themenbereich Bürger_innenbeteiligung und Zugang zu Informationen durch e-governance Tools.

Foto 3: Trilateraler Austausch: Österreichisches Parlament – Estnisches Riigikogu – National Assembly of Zambia

Fotos: Jutta Kepplinger/PNSD, Anna Mayer

Participation of civil society in decision-making in Zambia

Maurice K. Nyambe, *Zambian Governance Foundation*

There is widespread agreement on the vital role that civil society organisations (CSOs) can play in influencing policies and decision-making processes for the benefit of societies. In Zambia, the *Zambian Governance Foundation (ZGF)* has done exceptional work in supporting CSOs to influence decision-making processes by offering capacity development and grant support to enable them to carry out policy engagement work benefiting the poor. This article will elaborate more on the different successes, which highlight the involvement of CSOs in decision-making processes.

The emergence of civil society in Zambia generally coincided with the advent of multi-party politics in the early 1990s, with many CSOs largely engaged in service delivery interventions. Over the last three decades, however, *Zambian CSOs* have evolved and there is now a considerable number of them that are engaged in advocacy work, including on key aspects of governance at different levels.

Opportunities for CSO engagement in decision-making

The most visible opportunity that has been availed to CSOs to take part in decision-making processes is the **development of Zambia's 5-year National Development Plans (NDPs)**. The NDPs are essentially strategic plans that outline the country's development agenda over a 5-year period, and the comprehensive process of their preparation provides for a wide range of stakeholders including CSOs to make their input. For the *Seventh NDP (7NDP)*, which is the most recent, our partner, *Civil Society for Poverty Reduction (CSPR)*, coordinated the civil society input into this process, and this provided a good opportunity for citizens to give their priorities to policy makers.

In addition to the NDP process, **the national budget formulation process** also provides opportunities for CSOs to participate in decisions related to allocation of resources to different sectors of Zambia's economy. Through its *Rapid Response grant scheme*, ZGF has previously supported CSOs to mobilise citizens to make inputs into the national budget process, with some resounding successes scored. For instance, the *Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR)*, with ZGF support, successfully influenced the upward revision of the tax-free threshold, which was effected in the 2014 budget.

Another key opportunity that CSOs have actively utilized to participate in the decision-making process is **Parliamentary submissions**. The various committees of the *Zambian parliament* regularly invite stakeholders to make submissions on issues over which they have expertise, and many CSOs actively utilize this platform.

ZGF's experience with youth participation in decision-making

ZGF appeared before the *Parliamentary Committee on Youth and Sport* in January 2017 to make a submission on "Youth Participation in the Decision-Making Process in Zambia". The presentation, which focused on ZGF's ex-

perience in working with youth-based organisations, noted the general limitation in opportunities for the participation of youths in decision-making processes in Zambia.

In seeking to contribute to the enhancement of youth participation, ZGF made 7 recommendations to the Committee:

- 1 Urgent need to increase funding to youth programmes that are making efforts to improve the economic and social well-being of youths in Zambia;
- 2 Need for government to create a conducive environment for promoting public private partnerships to address specific issues related to youth;
- 3 Strengthen Youth Parliament to ensure its resolutions are given due weight in policy making and implementation;
- 4 Devise practical strategies for involving young people in planning, implementing, monitoring and evaluation of all youth programmes;
- 5 Government youth programmes must have clearly set targets and milestones, and mechanisms for documenting and utilising lessons that emerge from their implementation;
- 6 Awareness programmes that highlight the potential of youths to contribute to national development

Key benefits of getting youths involved:

Key benefits of getting youths involved:

- ✓ Opportunity to engage in **self-advocacy**
- ✓ Enhanced **legitimacy** for decisions made
- ✓ Increased **efficiency** and **inclusiveness** for development programmes
- ✓ Enhanced **social justice** for youths
- ✓ Opportunity to claim other **rights** and **entitlements**
- ✓ Increased **self-realization** arising from increased **self confidence**
- ✓ Ultimately, youth participation leads to **empowerment of youth** by way of asserting their capacity to challenge the underlying structures of domination, thus gaining recognition and respect from society

should be scaled up as a way of promoting attitudinal change;

- 7 Promotion of platforms for regular interaction between government, civil society and other stakeholders to harness efforts to address issues affecting youths in Zambia.

The Committee's final report as adopted by Parliament included the recommendation about strengthening the Youth Parliament.

Interventions and challenges with regard to impact

Overall, ZGF's experience suggests that opportunities for the participation of CSOs in decision-making in Zambia are generally available, albeit this is not the case when it comes specifically to youth participation. What appears to be the issue is the extent to which CSOs have the capacity to utilise these opportunities and the extent to which the authorities take up input from CSOs. ZGF's experience has been largely positive on both scores, with our capacity development approach contributing to improving the capacity of CSOs in different respects, and CSOs increasingly taken as credible and legitimate actors who are able to make meaningful con-

tributions to the formulation of policies in Zambia.

However, key challenges, which limit their ability to set the agenda are the CSO's reliance on foreign donors, the lack of institutionalised mechanisms for citizens' participation beyond partisan elections, lack of long-term strategies for continued engagement with government, and poor linkage of CSO interventions from the grassroots to national level.

Recognising that a vibrant civil society is a necessary ingredient for economic, social, and political development, ZGF will continue fulfilling its mission of strengthening the role of civil society in pro-poor policy engagement in Zambia. One way of doing this will be through the ZGF's social accountability interventions such as the SAY website (www.say-zambia.org) and mobile App (the SAY app), which CSOs will continue to have access to as tools for increased citizen voice and participation in holding local duty bearers accountable to the delivery of public services.

It is ZGF's belief that providing CSOs with different innovative tools to en-



hance their interventions, coupled with the grants and capacity development support, will enable them to become more credible actors in the policy space, enhancing their participation in decision-making processes and giving citizens the platform to become more active in interacting with duty bearers over issues that affect them.

The ZGF team (in the background) making its recommendations to the Parliamentary Committee on Youth and Sport in January 2017.

Picture: Zambian Governance Foundation 2017

THE AUTHOR

M. Nyambe is Head of the Policy team at the Zambian Governance Foundation (ZGF). His work experience, spanning 14 years, has largely been with civil society organisations specializing in social development issues. He holds a Master of Science in Applied Development Studies and a Bachelor's degree in Social Work.

Konzepte und Werkzeuge elektronischer Partizipation

Günther Scheffbeck, Leiter der Stabstelle „Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben unsere Lebenswelt in den vergangenen beiden Jahrzehnten rascher verändert, als dies selbst Science Fiction-Autoren zuvor zu prognostizieren gewagt hätten. Der spanische Soziologe Manuel Castells, Analytiker und Visionär dieser Technologien, hat ein neues Zeitalter ausgerufen, das „Informationszeitalter“, getragen von einer Gesellschaftsform, die er „Netzwerkgesellschaft“ nennt. Natürlich ist diese gesellschaftliche Veränderung zunächst ein Phänomen der

nördlichen Hemisphäre: In einem Land wie Österreich nutzen heute 86 % der Bevölkerung das Internet, 80 % regelmäßig, 71 % fast täglich (AIM-C, 3. Quartal 2017). „Online“ zu sein, ist für die meisten Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere für Jugendliche, zu alltäglicher Selbstverständlichkeit geworden. Die südliche Hemisphäre liegt in absoluten Werten zurück, dafür hat Afrika heute die höchsten Zuwachsraten in Internetnutzung, und Mobiltelefonie ist auch dort ein Alltagswerkzeug geworden.

Elektronische Demokratie

Dennoch: auch in der nördlichen Hemisphäre haben (noch) nicht in allen Lebensbereichen digitale die analogen Praktiken einfach ersetzt, wir erleben vielmehr, was wir mit Ernst Bloch die „Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen“ nennen können. Insbesondere soziale Funktionen, denen besondere Bedeutung zugeschrieben wird, wie die staatliche Willensbildung, zeigen sich in der Wahl der Werkzeuge konservativ: So hat sich für die Durchführung allgemeiner Wahlen, außer in Estland, das so ge-

nannte „E-Voting“, also der Einsatz elektronischer Abstimmungswerkzeuge, die insbesondere eine Stimmabgabe über das Internet erlauben sollen, noch nicht durchgesetzt. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat bei Aufhebung der Bestimmungen über den Einsatz von „E-Voting“ bei ÖH-Wahlen mit guten Gründen ausgeführt, dass die Verwendung eines Abstimmungs- werkzeuges, dessen Funktionalität nicht einmal den Mitgliedern der verantwortlichen Wahlkommissionen durchschaubar wäre, unzulässig sei, weil die Einhaltung der Wahlgrundsätze nicht überprüft werden könne.

Die neuen elektronischen Werkzeuge haben die alten analogen Praktiken nicht ersetzt, sie ergänzen sie vielmehr. In vielen, aber eben (noch) nicht in allen Dimensionen der Interaktion zwischen den Mitgliedern der Zivilgesellschaft und den Staatsorganen haben elektronische Werkzeuge Vereinfachung und Beschleunigung ermöglicht, so etwa im Schriftverkehr im gerichtlichen und administrativen Verfahren oder in der Registerführung. „E-Government“ im weiteren Sinn umfasst also alle Bereiche des „system of government“, welches traditionell in die drei Säulen der Legislative, Exekutive und Judikative gegliedert worden ist, und bezeichnet die Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf deren Funktionen (Fig. 1).

Ein modernes Demokratieverständnis beschränkt das Konzept der demokratischen Legislativfunktion nicht auf die Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein demokratisch gewähltes Repräsentativorgan, das Parlament, sondern ergänzt dieses Konzept der repräsentativen Demokratie um partizipative Komponenten, die eine direkte Teilhabe der Mitglieder der Zivilgesellschaft an dem Meinungsbildungsprozess ermöglichen.

Elektronische Partizipation

Die neuen Technologien bieten sich zur Unterstützung dieser partizipativen Komponenten der Demokratie sogar noch mehr an als zur Unterstützung der Stimmabgabe bei Wahlen und der parlamentarischen Funktionen, weil die formalen Anforderungen an deliberative Prozesse niedriger gehalten werden können als jene, die an verbindliche Entscheidungsprozesse zu richten sind. Die „elektronische Partizipation“ stellt sich daher sogar als die wichtigste der drei Säulen der „elektronischen Demokratie“ dar. Insgesamt bietet diese aber ein breit aufgefächertes Bild von Funktionen, von denen viele noch ein beachtliches Entwicklungspotential aufweisen (Fig. 2).

In der Analyse der „E-Government“-Funktionen ist die Dreigliederung in „Information“, „Kommunikation“ und „Transaktion“ mittlerweile klassisch

geworden. Sie lässt sich auch auf die elektronische Partizipation im weiteren Sinn anwenden: Die Informationsflüsse, welche die Voraussetzung für fundierte Meinungsbildung bilden, sind durch die neuen Technologien so umfangreich geworden wie nie zuvor, was zugleich wiederum eine besondere Herausforderung an neue Filterwerkzeuge darstellt. Formfreie Kommunikation hat insbesondere in den „Sozialen Medien“ eine neue Qualität und Intensität erfahren; nicht nur die tägliche zwischenmenschliche Kommunikation vollzieht sich heute immer mehr über diese Medien, auch Wahlbewegungen bedienen sich ihrer heute bereits mehr als traditioneller Werkzeuge, und Staatsorgane wie Parlamente oder Behörden sehen es mehr und mehr als Erfordernis, über diese Medien mit der Zivilgesellschaft zu interagieren.

Zwischen der formfreien Kommunikation, wie sie sich in den „Sozialen Medien“ vollzieht und bei systematischer Analyse, einen tiefen Blick in die Entwicklung der Stimmungs- und Meinungslage in der Zivilgesellschaft erlaubt, auf der einen und der formalisierten Willensbildung in Wahl- und Abstimmungsvorgängen auf der anderen Seite stehen „semiformale“ Instrumente, welche partizipative Demokratie in einem engeren Sinn konstituieren: Sie erlauben es den (daran interessierten) Mitgliedern der Zivilgesellschaft, in Bezug auf konkrete Projekte staatlicher Willensbildung, auf konkrete Politikkonzepte oder Rechtsaktsentwürfe, ihre Interessen zu aggregieren, ihr Wissen zu kondensieren, ihre Meinung zu artikulieren.

Unter „Partizipation“ in diesem engeren Sinn ist also die Einbringung individueller oder organisierter Interessen in den staatlichen Willensbildungsprozess im Rahmen mehr oder weniger formalisierter Verfahren zu verstehen, die, je nach dem, ob die Initiative dazu von der Zivilgesellschaft oder von den staatlichen Willensbildungsorganen ausgeht, mit einem Sammelbegriff jeweils als „Petition“ bzw. als „Konsultation“ bezeichnet werden kann.

Fig. 1: Die drei Säulen des E-Government i.w.S.

	E-Government i.w.S. ("system of government")	
E-Administration (E-Government i.e.S.)	E-Demokratie	E-Justiz

	E-Partizipation i.w.S.	
E-Information	E-Kommunikation	E-Partizipation i.e.S. (E-Konsultation, EPetition)
	E-Stimmabgabe	
E-Wahl	E-Abstimmung	E-Initiative
	E-Parlament	
E-Transparent	E-Gesetzgebungsverfahren (technisch/rechtlich)	E-Abstimmung

Fig. 2: E-Partizipation beinhaltet viele Möglichkeiten.

(Abbildungen vom Autor)

The 5th African Union-European Union Summit and the need for a Renewed Partnership

Leonard Mbulle-Nziege, University of Cape Town

Over the last two decades, the African continent has experienced positive transformation in many areas such as economic growth, governance or health and education. Many African countries have taken significant steps towards addressing its' political, economic and social challenges. As a continent, Africa collaborates in and with different institutions and seeks to establish partnerships with global stakeholders with the goal of pursuing mutually beneficial interests and addressing global challenges. The 5th African Union-European Union Summit, which took place from the 29th to the 30th of November 2017 in Abidjan, Ivory Coast, intended to build on a long standing African-European cooperation. The main theme of the summit was "Investing in Youth for a Sustainable Future". It was not by coincidence that the focus has been placed on youth.

Contemporary Challenges faced by African Youth

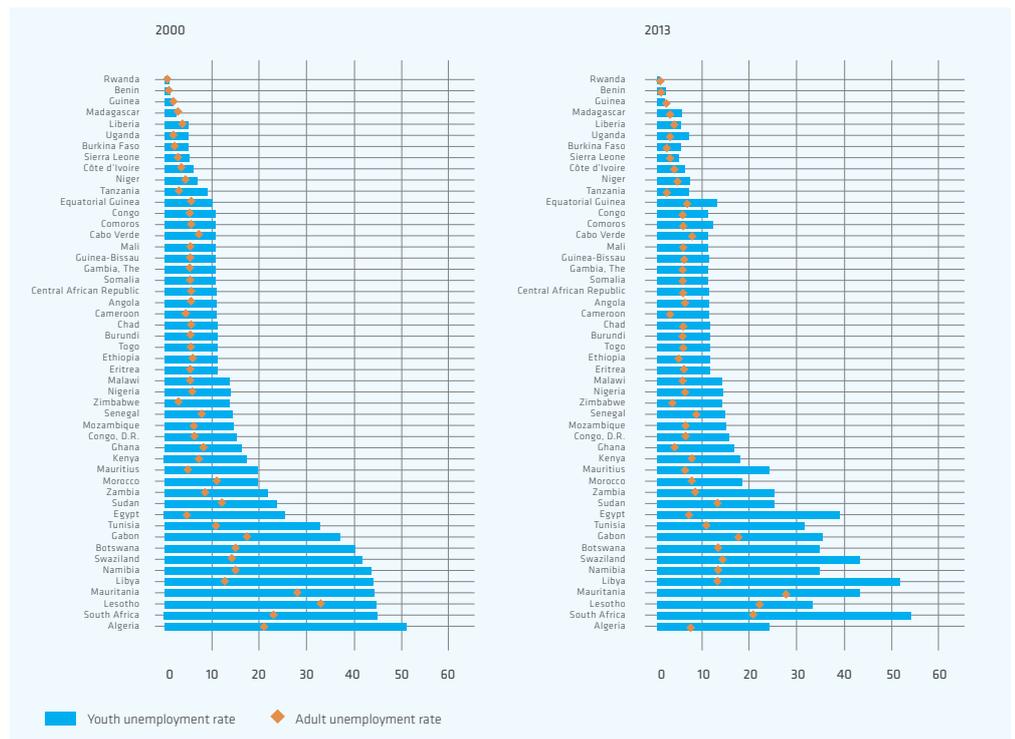
The African Development Bank (AFDB) estimated in 2015, that there were 420 million youths between the ages of 15-35 years in Africa. Continued population growth will see the number of young people increase to an estimated 850 million by 2050. The majority of these youth will be found in West, Central and East Africa. This scenario might prove problematic as an average of 10-12 million young people enter the workforce annually, but only 3.1 million jobs are being created annually. It is estimated that it would necessitate the creation of 18 million jobs annually until 2035, for labour markets to absorb these job seekers.¹

Current employment trends vary greatly across Africa, with the youth unemployment rate standing at 31%, while 35%

of youth are engaged in vulnerable employment. However, in lower income countries (LIC's) there is generally low unemployment and high participation of youth labour, but this is characterized by a high involvement in agriculture and the informal economy. In fact, the informal sector contributes to 80% of youth employment in LIC's¹. These high economic insertion rates mask the problem of underemployment and may also reflect a large involvement in low-skill activities and the existence of poor education systems. In middle income countries (MIC's) youth unemployment is relatively high due to the predominance of formal sector economic activities. South Africa is a clear example of this trend with a 38.6% youth unemployment rate in 2017 (StatsSA).²

If managed properly, a burgeoning youthful population could facilitate the socio-economic transformation of the African continent, but young people and governments across the continent are faced with a multitude of challenges which might curtail such efforts. In the Horn of Africa as well as the Sahel Region the resident population has been confronted with high levels of poverty and inequality, conflict and the spread of radical extremism as well as environmental issues related to climate change and food security. Moreover, the recent economic and social gains which many nations in these regions attained were not inclusive or sustainable and did not benefit the majority of the population. This has been compounded by poor governance characterized by weak state

Figure 1: Youth unemployment rate by country 2000 and 2013.
 Source: African Development Report 2015: Africa's youth in the labour market, p. 121.¹



1 https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/ADR15_chapter_5.pdf
 2 www.statssa.gov.za/?p=9960

capacity, non-respect for democracy, human rights and the rule of law. In the described context of the precarious employment situation of African youth, these states might be further exposed to a variety of socio-political tensions.

The European Migration Crisis, its' Political Fallout and Effects on Africa-EU Relations

Since the previous AU-EU Summit in Brussels in 2014, the largest influx of migrants and refugees to Europe since the end of World War II could be witnessed. A large proportion of these migrants and refugees come from Africa. It cannot be disregarded that major political events such as Brexit and the rise of far-right political movements in Europe were influenced by the ongoing migrant crisis. It also has influenced multi-lateral policies between Africa and the EU. For instance the 2014 EU-Horn of Africa Migration Route Initiative (Khartoum Process) was established to improve the capacity of bilateral partners in managing migration. In 2015, the EU Emergency Trust Fund for Africa was

established and financed to the tune of 2.85 billion € with the aim of tackling the root issues, which have fuelled the recent migration crisis. Supporting migration management, promoting good governance, stability and resilience are some of the aims of this fund. However, facilitating economic development and job creation especially for the youth has been stipulated as the primary objective of this initiative. The bulk of financial resources have been allocated to the Sahel Region and Lake Chad Basin, the Horn of Africa and North Africa.³

Despite the good intentions of the Africa-EU relationship, the Khartoum Process has been criticised for addressing the symptoms of migration rather than dealing with the causes itself. There have also been recent accusations by the British NGO Oxfam concerning an opaque management of the EU Emergency Trust Fund. The EU has also been criticised of policy incoherence as they officially promote democracy, human rights and good governance, but are not reluctant to interact with auto-

cratic leaders and regimes on the continent who/that fail to adhere to these ideals. Moreover, the multitude of EU-Africa agreements such as the African Caribbean and Pacific Group of States ACP-EU Cotonou Agreement, the Development and Cooperation Agreement as well as the EU-Africa Joint Strategy appear to overlap each other. In addition, they seem to be in competition with the goals and objectives of similar frameworks formulated by Regional Economic Communities in Africa, e.g. East African Community (EAC), Economic Community of West African States (ECOWAS) and Southern African Development Community (SADC). It would be ideal if a common set of objectives that tackle causes in a sustainable way and foster EU-African relations could be jointly developed. Furthermore, there is a perception that the African-European partnerships are not exercised on an equal basis, with the EU accused of using its' economic and political leverage to advance its' interest at the expense of Africans. The Economic Partnership Agreements (EPA) are often used as a case in point.

Figure 2: Youth unemployment rate by region 1991-2013.

Source: African Development Report 2015: Africa's youth in the labour market, p. 118.¹



A Renewed Africa-EU Partnership built on the Agenda 2030

Africa-EU cooperation has registered a lot of positive outcomes including 17,000 African military personnel trained with EU assistance since 2010, 129 EU elections observation teams deployed to Africa since 2000 and 1.34 billion € had been earmarked for primary and secondary as well as vocational education programmes in Africa from 2014-2020. Moreover, the EU remains the main export market for African agricultural products and 4.2 billion € was set aside to promote food security and sustainable agriculture.⁴ This shows Africa-EU cooperation has contributed greatly towards improving livelihoods.

However, the incorporation of the United Nations Sustainable Development Goals (SDG's) into the Africa-EU policy scope could be a mechanism for remedying some of the earlier mentioned criticisms. When assessed in detail, all 17 SDG's address issues which are found in both the African Union Agenda 2063 and the EU Global

3 https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/factsheet-emergency-trust-fund-africa-2017_en.pdf

4 https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/25429/Joint%20Communication%20for%20a%20renewed%20impetus%20of%20the%20Africa-EU%20Partnership

5 http://en.unesco.org/gem-report/sites/gem-report/files/regional_overview_SSA_en.pdf

Strategy. SDG 1 (no poverty), SDG 4 (quality education) and SDG 8 (decent work and economic growth) are important towards reducing youth unemployment. Africa has improved primary school enrolment to 78% in 2012, compared to 50% in 1990 (UNESCO).⁵ By increasing access to education and improving its' quality, the spectre of reducing poverty, obtaining employment and promoting economic growth improves. By focusing on SDG 9 (industry, innovation and infrastructure) and SDG 13 (climate action) the aforementioned objectives will be consolidated and mitigate the possibility of migration and its' negative effects. However, without the existence of strong institutions, peace

and justice as addressed by SDG 16, none of these endeavours can be pursued. Finally, SDG 17 (establishing partnerships for goals) underscores the rationale for the Africa-EU relations. This entails that partnerships should be established and sustained through shared values and principles and not only through government interventions but with the participation of and cooperation with civil society and the private sector.

In light of the outcome of the Abidjan AU-EU Summit, we hope that the intentions declared will be genuinely adhered to and that a holistic and sustainable agenda is being taken into consid-

eration to address the challenges which these closely tied regional blocs are confronted with.

THE AUTHOR

Mbulle-Nziege Leonard hails from Cameroon and is currently a doctoral candidate at the University of Cape Town, Department of Political Studies. He obtained an M.A in Development Studies from Nelson Mandela Metropolitan University in 2015. His research interests include conflict studies, democratization, economic development, good governance, migration and xenophobia.

Afrika und Europa/Österreich – Eckpunkte der Beziehungen

Das 5. Gipfeltreffen Afrikanische Union – Europäische Union (AU-EU) fand am 29./30. November 2017 in Abidjan, Côte d'Ivoire, statt. Der Titel des Treffens lautete: Investitionen in die Jugend für eine nachhaltige Zukunft. Zu den weiteren Themen der EU-Afrika Partnerschaft gehörten u.a. **Frieden und Sicherheit, Staatsführung einschließlich Demokratie, Menschenrechte, Migration und Mobilität, Investitionen und Handel** sowie **Schaffung von Arbeitsplätzen**.

Es gab mehrere Begleitveranstaltungen:

Vom 9. bis 11. Oktober wurde der 4. Jugendgipfel Afrika-Europa, ebenfalls in Abidjan, abgehalten. 120 Jugendvertreter_innen verabschiedeten eine Erklärung mit Empfehlungen für das Gipfeltreffen. Im Rahmen der Youth-Plug-in-Initiative der AU und der EU setzten 36 Jugendliche aus Afrika und Europa ihre Gespräche für den Gipfel in Abidjan fort. Im Rahmen des 6. Wirtschaftsforum EU-Afrika am 27. November standen in Abidjan Wirtschaftsinvestitionen, insbesondere Förderung von jungen und weiblichen Unternehmer im Mittelpunkt der Diskussionen. Das 3. Forum der Zivilgesellschaft Afrika-EU fand bereits vom 11. bis 13. Juli 2017 in Tunis statt.

Bisherige EU – AU/Afrika Gipfeltreffen

- 2000 Erster EU-Afrika Gipfel in Kairo
- 2000 Abkommen von Cotonou
- 2007 Zweiter EU-Afrika Gipfel, Annahme der Joint Africa-EU Strategy (JAES) in Lissabon
- 2010 Dritter EU-Afrika Gipfel in Tripolis
- 2014 Vierter EU-Afrika Gipfel in Brüssel
- 2015 EU-Afrika Sondergipfel zu Migration in La Valletta
- 2017 Fünfter EU-Afrika Gipfel in Abidjan

EU und Afrika in Zahlen:

- 21 Mrd. € an Entwicklungshilfe wurden 2016 von der EU und ihren Mitgliedstaaten, die damit die größten Geber in Afrika sind, für den Kontinent bereitgestellt.
- 32 Mrd. € wurden 2015 in Afrika von EU-Unternehmen investiert, die für etwa ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika stehen.
- 3,35 Mrd. € wurden dem Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung zugewiesen, wodurch bis zu 44 Mrd. Euro an Investitionen mobilisiert werden dürften.
- 7 zivile und militärische Missionen werden in ganz Afrika durchgeführt.
- 1,4 Mrd. € werden von 2014 bis 2020 für Bildungsprogramme in Afrika bereitgestellt.

Österreich:

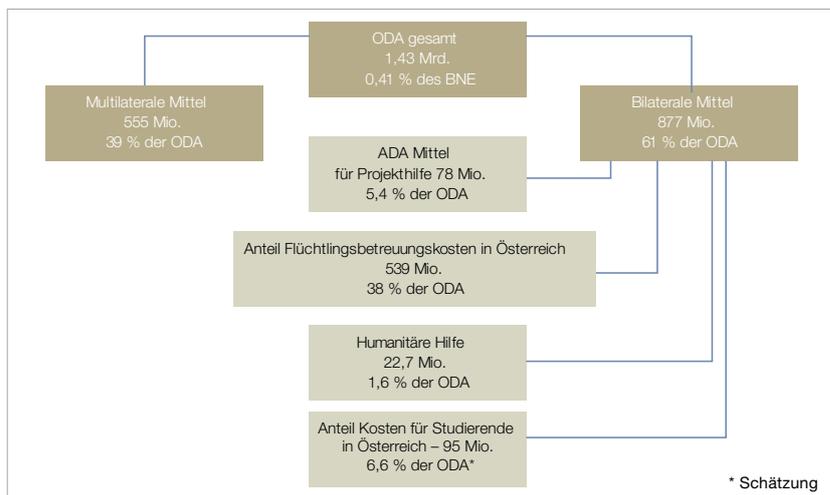
Im Rahmen von mehreren mehrtätigen Expert_innen-Workshops seit April 2016 wurden Empfehlungen für die österreichischen Teilnehmer_innen am Gipfel erarbeitet. Vertreter_innen der AU, EU, österreichischen Ministerien, zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Afrika (inklusive Diaspora) und Europa, afrikanischen Diaspora und Wissenschaft beteiligten sich an den informellen Dialogtreffen zu den Themen Sicherheit und Frieden, Migration und Entwicklung, Gemeinsame Werte, sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Organisiert wurde die Veranstaltungsreihe vom Kreisky Forum für internationalen Dialog, dem Institut für Friedensförderung und Konfliktmanagement in der Landesverteidigungsakademie (IFK/LaVak) und dem Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC). Die Dokumentation kann auf www.vidc.org abgerufen werden.

Official Development Assistance (ODA) in Zahlen

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Abb. 1: Umfang und Struktur der österreichischen Official Development Assistance (ODA).

Quelle: AG Globale Verantwortung, Factsheet ODA 2017, adaptiert durch Autorin.



Die ODA misst die finanziellen Leistungen eines Staates, die für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Die ODA-Quote berechnet sich als Prozentsatz am Bruttonationaleinkommen (BNE). International sind 0,7 % des BNE als Zielquote festgelegt – auch Österreich hat sich zur Erreichung dieses Ziels verpflichtet, dieses jedoch bislang nicht erreicht. Die Festlegung darüber, welche Leistungen in die ODA einberechnet werden können wird von den Mitgliedern des Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) getroffen, in dem auch Österreich Mitglied ist.

Tabelle 1: Die einzelnen Positionen der ODA in der OECD Meldelogik. Abgerufen am 16.11.2017 unter <http://stats.ecd.org/Index.eryId=63165>

Total flow by donor (=AUSTRIA), OECD Stats – ODA Zahlen 2016		
A.1	Budget support	3
A.2	Bilateral core contributions	81
A.3	Project type interventions	78
A.4	Experts/technical assistance	24
A.5	Sholarships/student costs in donor country	95*
A.6	Dept relief	7
A.7	Administrative costs	28
A.8	Other in-donor expenditures (refugees)	539
A.9	Recoveries on bilateral ODA grants	-1
A.10	Other loan repayments	0*
A.11	Humanitarian aid	23
TOTAL A = Bilateral ODA		877
B.1	Contributions to UN, EU, Worldbank, regional development banks	555
TOTAL B = Multilateral ODA		555
TOTAL ODA 2016		1.432
* Schätzung; noch nicht ausgewiesen		

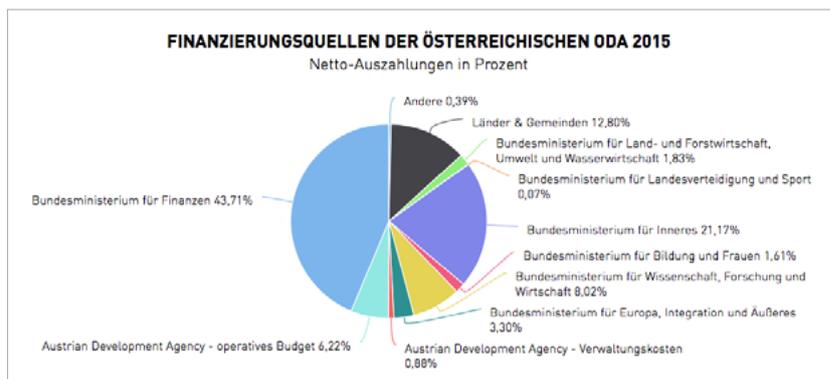
Zusammensetzung der ODA

Die ODA setzt sich grundsätzlich aus multilateralen und bilateralen Mitteln zusammen:

- Multilaterale Mittel sind Finanzbeiträge an internationale Institutionen (z.B. UNO oder Entwicklungsbanken) und die EU zur Durchführung von EZA Programmen.
- Bilaterale Mittel werden hingegen für Projekte eines Geberlandes in einem Empfängerland aufgewendet. Neben der Humanitären Hilfe, zu welcher auch der Auslandskatastrophenfond zählt, zählen die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die auf langfristige und nachhaltige Entwicklung angelegt sind, zu dieser Kategorie. Ein Teil dieser Maßnahmen – die direkte Projekthilfe (Project type interventions) – wird von der Austrian Development Agency (ADA), die dem BMEIA unterstellt ist, operativ geplant und durchgeführt.

Abb. 2: Mittelherkunft der österreichischen ODA, 2015.

Quelle: ADA, abgerufen am 23.10.2017 unter <http://www.entwicklung.at/ada/zahlen-daten-fakten/oeffentliche-entwicklungshilfeleistungen/>



Österreichs ODA-Quote 2016

Die ODA-Quote Österreichs lag im Jahr 2016 bei 0,41 % des BNE. Darin enthalten sind beispielsweise auch Ausgaben für Betreuungskosten von Asylwerber_innen in Österreich, Ausgaben für ausländische Studierende in Österreich, oder Schuldenerlässe. Dieser Teil

ADA – Austrian Development Agency

Rechtsgrundlage für unsere Arbeit ist das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz 2002 einschließlich der Novelle 2003. Das Gesetz definiert konkrete Vorgaben zur entwicklungspolitischen Grundausrichtung unserer Organisation sowie zu deren Aufgaben, Unternehmensführung und Finanzierung. Den strategischen Rahmen bildet das jeweils geltende Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, das das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres unter unserer Mitarbeit erstellt. Das Dreijahresprogramm bestimmt die geografischen und inhaltlichen Schwerpunkte und enthält Leitlinien für die Einbindung in die internationale Entwicklungspolitik. Wir beraten das BMEIA und bringen unsere Expertise aus der bilateralen Zusammenarbeit ein.

Länder & Regionen	Themen & Qualität
Donauraum/Westbalkan: Albanien, Kosovo	Armutsminderung, Ländliche Entwicklung, Dezentralisierung
Himalaya-Hindukusch: Bhutan	Bildung & Wissenschaft
Karibik	Friedensförderung, Konfliktprävention
Ostafrika & Horn von Afrika: Äthiopien, Uganda	Gender & Entwicklung
Naher und Mittlerer Osten; Palästinensische Gebiete; CSIAR; Humanitäre Hilfe	Governance & Menschenrechte
Schwarzwasser/raum/ Südkaucasus: Armenien, Georgien, Moldau	Nachhaltige Energie
Südliches Afrika: Mosambik	Öffentliche Verwaltung/ Risikobewertungen
Westafrika/Sahel: Burkina Faso	Umwelt & Natürliche Ressourcen Wasser & Siedlungshygiene

Abb. 4: Regionale und thematische Schwerpunkte der Austrian Development Agency. ADA Geschäftsbericht 2016, Seite 12.

Abb. 3: Gesetzlicher und strategischer Rahmen der Austrian Development Agency. ADA Geschäftsbericht 2016, Seite 13.

der Mittel wird von CONCORD, dem europäischen Dachverband von NGOs der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe, als „Inflated aid“ bezeichnet und trägt nicht genuin zu den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit bei.

Region	2014		2015*		2016*	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Europa	12,50	16,26	12,41	16,73	13,15	16,33
Afrika	32,20	41,87	31,56	42,53	32,63	40,49
Asien	16,04	20,86	17,55	23,65	16,65	20,67
Amerika	3,86	5,02	2,31	3,11	2,74	3,40
Ozeanien	0,17	0,22	0,73	0,98	0,69	0,86
Kontinent/Land zuordenbar	44,78	58,23	44,55	59,00	45,87	57,75
Global übergreifend*	12,13	15,77	9,44	12,00	14,78	18,75
OEZA – ODA gesamt	76,91	100,00	74,19	100,00	80,57	100,00

Tabelle 2: Verteilung der bilateralen OEZA, ODA Mittel der ADA nach Regionen. ADA Geschäftsbericht 2016, Seite 46.

„The rationale for discounting these items is based on two principles: an assessment of whether or not they contribute to development, based on the aid effectiveness principles, and whether or not they represent a genuine transfer or resources to developing countries.“ (Concord AidWatch Report 2017, Seite 53).

Ohne diese Kategorien beträgt die ODA lediglich 0,22 % des BNE. Österreich liegt damit im internationalen Vergleich im letzten Drittel jener EU15-Staaten, die sich zum 0,7 % Ziel verpflichtet haben.

Quellen:

1. Austrian Development Agency (ADA) (2017): ADA Geschäftsbericht 2016. Abgerufen am 16.10.2017 unter www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2016_ADA_Geschäftsbericht.pdf
2. Austrian Development Agency (ADA): Zahlen, Daten, Fakten. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen. Abgerufen am 23.10.2017 unter www.entwicklung.at/ada/zahlen-daten-fakten/oeffentliche-entwicklungshilfeleistungen/
3. AG Globale Verantwortung 2017: Österreichische öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (Zahlen 2016). Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe. Factsheet ODA 2017, Wien – www.globaleverantwortung.at/download?id=1760 (abgerufen 04.10.2017).
4. CONCORD Aidwatch 2017: EU Aid Uncovered: how to reach the target on time. CONCORD, Brüssel. https://concordeurope.org/wp-content/uploads/2017/10/CONCORD_AidWatch_Report_2017_web.pdf?1fdb40&1fdb40
5. OECD Statistik zur ODA (Official Development Assistance); abgerufen für Österreich am 6.11.2017 unter <http://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=63165>.

* inkl. Maßnahmen in Österreich
* revidiert, durch OECD/STATSTATS Zahlen für das Jahr 2015
* verfügbare Zahlen bis zur endgültigen Sozialisierung durch OECD/STAT

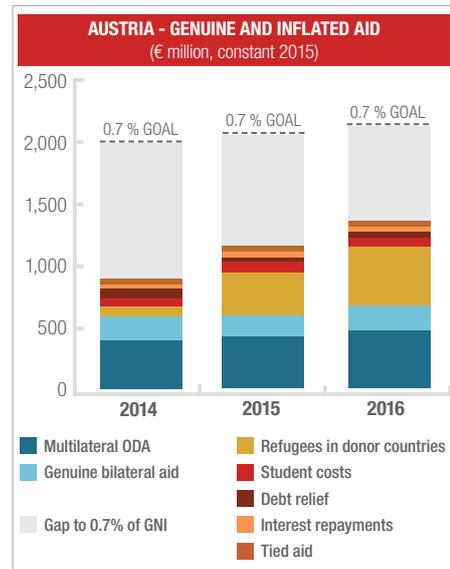
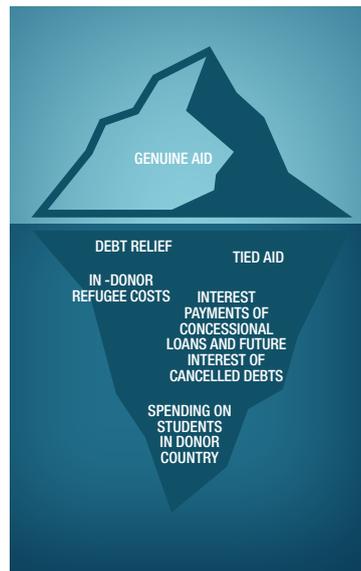


Abb. 5 links: Kategorien der Inflated Aid laut Concord (untere Hälfte der Grafik). CONCORD AidWatch, S. 11. Report 2017.

Abb. 6 rechts: Verschiedene Anteile der ODA und die Lücke bis zu den 0,7 % des BNE in Österreich. CONCORD AidWatch, S. 25. Report 2017.

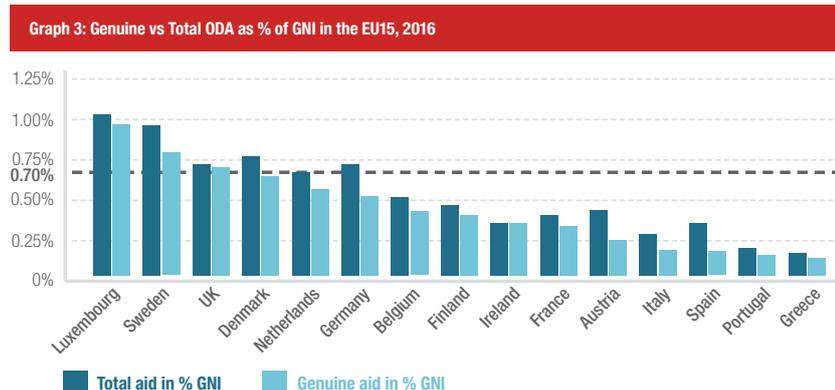


Abb. 7: Genuine vs. Gesamt-ODA als Prozentsatz des BNE (GNI) in 15 EU-Staaten. CONCORD AidWatch, S. 14. Report 2017.

ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

HOCHWERTIGE BILDUNG FÜR ALLE ALS GRUNDPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT

Im September 2015 wurde beim UNO-Gipfel in New York die **Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung** verabschiedet. Die darin enthaltenen 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sollen für alle Menschen auf der ganzen Welt eine bessere Zukunft garantieren. Unter anderem will die internationale Staatengemeinschaft bis zum Jahr 2030 weltweit Armut beseitigen, die Gleichstellung von Frauen vorantreiben, die Gesundheitsversorgung verbessern und dem Klimawandel entgegen steuern. Durch die Universalität der SDGs sind alle Staaten zum Handeln aufgerufen.

SDG4

Das Ziel 4 der SDGs zielt darauf ab, inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle zu fördern. Bis 2030 soll u.a. sichergestellt werden, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigt werden oder der gleichberechtigte Zugang der Schwachen in der Gesellschaft zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleistet ist.

Bildungswege und Chancengleichheit

Auch Österreich hat sich zur Umsetzung der SDGs verpflichtet. In Bezug auf die genannten Ziele zeigt der Dritte Nationale Bildungsbericht noch wesentliche Herausforderungen, die es politisch durch entsprechende zukunftsfähige Maßnahmen und Strategien anzugehen gilt.

Bildungswegentscheidungen bestimmen die Lebenschancen von Menschen wesentlich mit. Zusammenhänge zwischen der Entscheidung für einen Schultyp und der Herkunft, dem Geschlecht des Kindes oder dem Bildungsgrad der Eltern, sind Zeichen für Bildungsungleichheit.

Abb. C7.a: Übertritte in Schulformen der Sekundarstufe I bzw. Sekundarstufe II nach im Alltag gesprochener Sprache (2013)

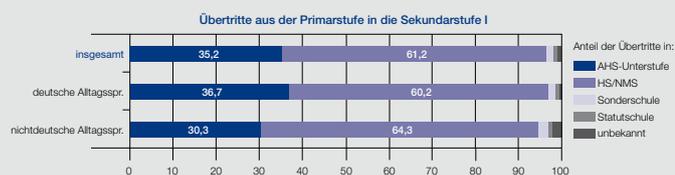


Abb 1: Kinder mit deutscher Alltagssprache wechseln in Österreich häufiger an die AHS-Unterstufe als jene mit nichtdeutscher Alltagssprache (BIFIE, Seite 121).

Abb. C7.b: Bildungsherkunft in Schulformen der Sekundarstufen I und II (2013, 2012)

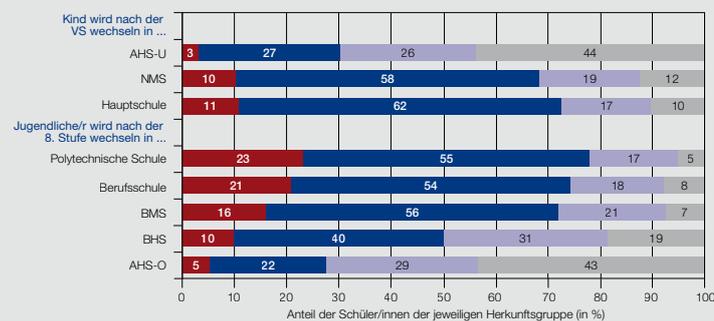
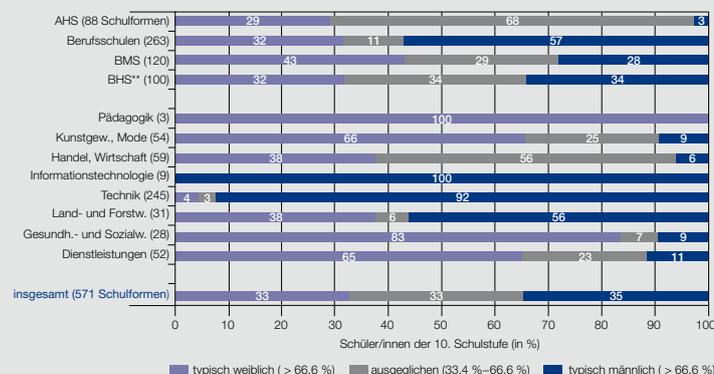


Abb 2: Sieben von zehn angehenden AHS-Schüler_innen haben Eltern mit Matura oder höherer Ausbildung (BIFIE, Seite 121).

Abb. C7.f: Schüler/innen der 10. Schulstufe* in geschlechtsspezifischen bzw. ausgeglichenen Schulformen (2013/14)



Lesbeispiel: In den AHS sind 29 % der Schüler/innen in einer typisch weiblichen Schulform, d. h., mehr als zwei Drittel der Schüler/innen dieser Schulformen sind weiblich. 3 % der Schüler/innen besuchten typisch männliche Schulformen, mit mehr als zwei Drittel männlichen Schülern. 68 % besuchten Schulformen mit einem relativ ausgeglichenen Geschlechterverhältnis, d. h., sowohl der Frauen- und Männeranteil liegt zwischen einem und zwei Drittel.

Anmerkungen: *ohne allgemeinbildende Statustschulen und Lehrgänge zur Ausbildung von Sportwarten, Trainer/innen u. Ä., **inkl. BAKIP, BASOP.

Quelle: Statistik Austria (Schulstatistik). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb 3: Die Geschlechtersegregation auf der Sekundarstufe II ist hoch und unterscheidet sich erheblich zwischen den Schulsparten und Fachrichtungen (BIFIE, Seite 127).

Quelle der Abbildungen sowie der entsprechenden Zahlen: BIFIE Bundesinstitut Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (2016): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Abrufbar auf www.bifie.at/material/nationale-bildungsberichterstattung